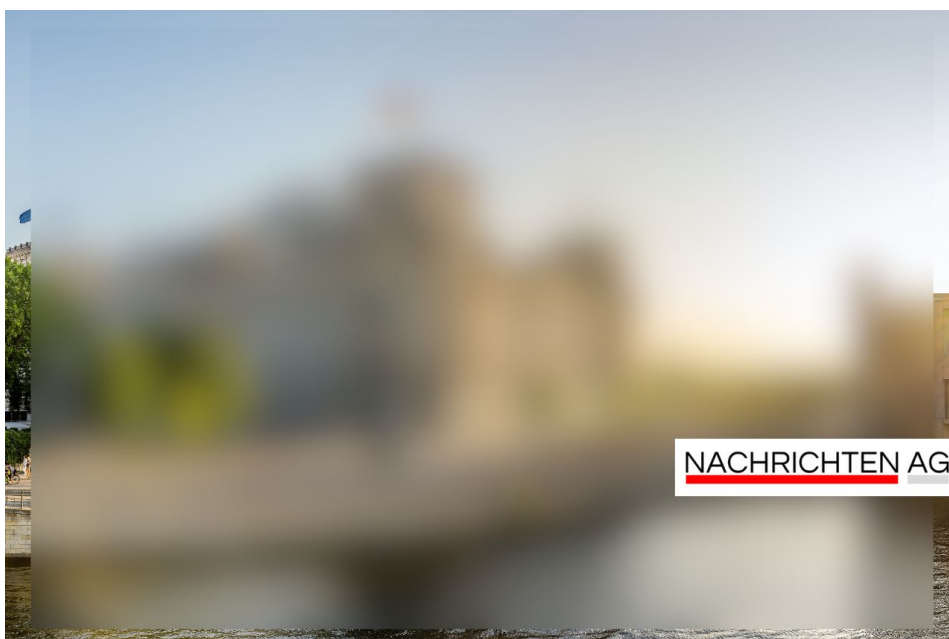


Otte will Wehrpflicht zurück: Ein Dienst für die Bundeswehr!

Henning Otte, neuer Wehrbeauftragter, fordert die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland – eine kontroverse Debatte.



Celle, Deutschland - Am 7. Juni 2025 gab es in Deutschland bedeutende Entwicklungen zur Wehrpflicht, insbesondere mit der Wahl des neuen Wehrbeauftragten Henning Otte. Der CDU-Politiker, der den Wahlkreis Celle-Uelzen im Bundestag vertritt, setzt sich entschieden für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein, was er als notwendig erachtet, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu sichern. Otte betont, dass die aktuelle Strategie der Bundesregierung, die auf Freiwilligkeit setzt, unzureichend sei. Er plant, die Thematik der Wiedereinsetzung des Wehrdienstes noch in diesem Jahr zu thematisieren. Laut **Tagesschau** ist die Wehrpflicht in Deutschland rechtlich noch gültig, seit Juli 2011 jedoch ausgesetzt.

Otte äußerte in diesem Zusammenhang auch Bedenken über die Überdehnung der Truppe und mahnte an, dass „verpflichtende Elemente“ vorbereitet werden müssen. Der Wehrbeauftragte kritisierte zudem eine neue Regelung, die junge Männer auf die Wehrdienstpflicht anspricht, als nicht ausreichend. Seinen Vorstellungen zufolge könnte ein Modell nach schwedischem Vorbild implementiert werden, bei dem eine verpflichtende Musterung stattfindet, jedoch könnte die Wehrpflicht vorerst nur für Männer gelten. Ein verpflichtender Dienst für Frauen erscheine derzeit unrealistisch, da eine Grundgesetzänderung erforderlich wäre, um dies zu ermöglichen.

Ernennung und Aufgaben von Henning Otte

Otte wurde am Mittwoch zum neuen Wehrbeauftragten gewählt und löst die sozialdemokratische Politikerin Eva Högl ab. Um in das Amt gewählt zu werden, benötigte er mindestens 316 Stimmen. Otte ist seit 2005 im Bundestag aktiv, hat einen Hintergrund als Sparkassenkaufmann und Jurist, und ist weiterhin als Reserveoffizier bei der Bundeswehr tätig. Seine Wahl geht auch mit einer Übernahme wichtiger Aufgaben einher, die die Interessen der Soldatinnen und Soldaten im Bundestag vertreten, die Überwachung ihrer Grundrechte sowie unangemeldete Truppenbesuche umfasst. Er wird jährlich einen Bericht an den Bundestag vorlegen. Diese Notwendigkeit, die Belange der Soldaten zu wahren, wird insbesondere in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage als besonders wichtig erachtet.

Die politische Landschaft zu diesem Thema ist jedoch gespalten. Während Otte und die Union (CDU/CSU) eine Rückkehr zur Wehrpflicht fordern, spricht sich die SPD für einen neuen, auf Freiwilligkeit basierenden Wehrdienst aus. Der Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat zudem Pläne vorgestellt, die Bundeswehr mit 60.000 zusätzlichen Soldaten zu verstärken. Otte sieht jedoch klare Handlungsbedarfe und fordert die Bundesregierung zur schnellen Umsetzung von machbaren Maßnahmen auf, um die Truppe zu unterstützen. Zu

seinen Verbesserungsvorschlägen zählen unter anderem Rentenpunkte, Führerscheine und die Anrechnung der Dienstzeit auf Wartesemester für Studienplätze.

Gesellschaftliche Diskussion und Perspektiven

Die Diskussion über die Wehrpflicht ist seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 erneut aufgeflammt. Zivile Verbände warnen vor einer dramatischen Verwundbarkeit Deutschlands im Bevölkerungsschutz, während Generalinspekteur Carsten Breuer auf einen aktuellen Soldatenmangel hinweist, bei dem rund 100.000 Soldaten fehlen. Die Union schlägt außerdem ein verpflichtendes Dienstjahr vor, das auch soziale, kulturelle oder ökologische Bereiche abdecken könnte. Umfragen zeigen, dass 58% der Deutschen eine Wehrpflicht befürworten, während 61% der 18- bis 29-Jährigen dagegen sind. Der Deutsche Bundesjugendring fordert zudem, dass junge Menschen frei entscheiden können, ob sie einen Dienst leisten möchten. In Deutschland bleibt es jedoch festgelegt, dass niemand gegen seinen Willen zum Dienst an der Waffe gezwungen werden kann, und Kriegsdienstverweigerung ist weiterhin möglich.

Die Politik der Bundeswehr und die gesellschaftlichen Ansprüche werden in den kommenden Monaten somit auf die Probe gestellt, während Henning Otte als neuer Wehrbeauftragter die Interessen der Soldaten vertreten und die Debatte um die Wehrpflicht prägen wird. Die Einigung auf ein tragfähiges Konzept zur Unterstützung der Bundeswehr könnte entscheidend für die zukünftige Sicherheit Deutschlands sein.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Celle, Deutschland
Quellen	• www.tagesschau.de

Details

- www.zdfheute.de
- www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net